



Projektzeitraum: 1. Mai 2016 –30. April 2019

Träger: LAG SELBSTHILFE NRW e.V.

Wissenschaftliche Begleitung: Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste (ZPE) der Universität Siegen

Förderung: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (MAGS NRW)

Warum dieses Projekt?

Das Vorhaben ‚Mehr Partizipation wagen‘ schließt an die Ergebnisse des Projektes ‚Politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen in den Kommunen stärken! ‘ an. Dort wurde u.a. untersucht, wie der Stand der politischen Beteiligungsmöglichkeiten in NRW für Menschen mit Behinderungen ist.

Zwei prägnante Ergebnisse sind (Stand der Untersuchung 2013):

1. In mehr als der Hälfte der Kommunen in NRW (53%) gibt es keine Form der Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen (keine Beiräte, keine beauftragte Einzelperson, kein Zusammenschluss der Selbsthilfe o.ä.). In den restlichen 47% sind teilweise nur bedingt Ansätze und Strukturen für die eigenständige Entwicklung einer wirksamen Interessenvertretung vorhanden.
2. Nur 20% der Kommunen in NRW haben überhaupt eine Satzung zur Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen, die die seit 2004 geltenden Vorgaben des § 13 des BGG NRW aufnimmt. Zudem sind die vorhandenen kommunalen Satzungen sehr unterschiedlich in Form, Inhalten und den Menschen mit Behinderungen eingeräumten Rechten.



Was ist das Ziel?

- Menschen mit Behinderungen sollen in allen Kreisen, Städten und Gemeinden in NRW vergleichbare Möglichkeiten haben, sich politisch entsprechend der Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention (s. Artikel 29 UN-BRK „Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben“) zu beteiligen und ihre Interessen zu vertreten.
- Darüber hinaus ist die Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen nach § 13 BGG NRW in jeder Kommune in einer Satzung zu verankern.

Das Projektziel ist demnach: Prozesse vor Ort anzustoßen, um unter Berücksichtigung der jeweiligen vorhandenen Gegebenheiten, Strukturen aufzubauen, zu stärken und weiterzuentwickeln.

Konkret bedeutet das, dass wir mit unserem Projekt „Mehr Partizipation wagen!“

1. dort, wo noch keine Interessenvertretung vorhanden ist, Strukturen zur politischen Partizipation von Menschen mit Behinderungen entwickeln und
2. dort, wo bereits Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen vorhanden sind, diese daraufhin überprüfen, inwieweit sie den Anforderungen der UN-BRK bereits gerecht werden oder inwieweit sie weiterzuentwickeln sind.

Was bieten wir konkret an?

Kernstück des Angebots ist ein Zukunftsworkshop zum Thema „Politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen“. Dessen Ablauf folgt grundsätzlich dem folgenden Muster:

1. Zur Vorbereitung der Veranstaltung findet ein Vorgespräch mit einem*r örtlichen Ansprechpartner*in aus dem Bereich der Selbsthilfe, der Verwaltung und /oder der Politik statt. Dazu gehört die Recherche zur bisherigen Beteiligung von Menschen mit Behinderungen.
2. Der Zukunftsworkshop findet entweder an einem Tag oder an zwei Tagen nachmittags vor Ort statt. Die Teilnehmerzahl bewegt sich erfahrungsgemäß in einem arbeitsfähigen Umfang (bis ca. 25 Teilnehmer*innen).
3. Der Zukunftsworkshop orientiert sich inhaltlich an folgenden Eckpunkten:
 - a. Einschätzung der gegenwärtigen Situation der Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen in der eigenen Kommune;
 - b. Formulierung von Wünschen und Erwartungen für die politische Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und deren Abgleich mit den Grundsätzen der UN -BRK;
 - c. Am Ende der Veranstaltung stehen Maßnahmenpläne mit Verteilung von konkreten Aufgaben, die von den beteiligten Akteur*innen in den nächsten sechs Monaten übernommen werden, um die politische Beteiligung von Menschen mit Behinderungen auf den Weg zu bringen oder zu verbessern.
 - d. Das ZPE führt eine Befragung der Teilnehmer*innen des Zukunftswshops durch.
4. Die Veranstaltung wird von den Projektmitarbeiter*innen dokumentiert. Die Dokumentation wird allen Teilnehmer*innen zur Verfügung gestellt.



5. Über die Veranstaltung hinaus besteht die Möglichkeit, eine der beteiligten Projektmitarbeiterinnen auch nach der Veranstaltung zum Zwecke der Beratung zu kontaktieren.
 6. Nach sechs Monaten findet in jedem Falle eine Auswertung der erfolgten Umsetzungsschritte der Maßnahmenpläne mit dem*r örtlichen Ansprechpartner*in und den Vertretungen aus der Selbsthilfe statt.
- Das Angebot können alle Kommunen kostenfrei in Anspruch nehmen. Die Kapazitäten sind allerdings auch hinsichtlich der Projektlaufzeit begrenzt.

Wen wollen wir ansprechen?

Aufgrund des Subsidiaritätsprinzips sind die Selbsthilfe-Organisationen von Menschen mit Behinderungen vorrangig zuständig zur Selbstvertretung auf kommunaler Ebene. Häufig fehlt es jedoch an Erfahrungen mit der Artikulation von politischen Interessen und im Umgang mit den Strukturen der kommunalen Willensbildung. Auf der anderen Seite fehlen den Akteur*innen in der Verwaltung und in der Politik Erfahrungen im Umgang mit Menschen mit Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen und der Entwicklung von Strukturen, die eine diskriminierungsfreie und gleichberechtigte politische Beteiligung „auf Augenhöhe“ ermöglichen.

Das Angebot richtet sich daher sowohl an aktive Menschen im Kontext der Selbsthilfe und der Selbstvertretung als auch an Vertreter*innen aus der Kommunalpolitik und Mitarbeiter*innen der Verwaltung.

Wer macht was im Projekt?

LAG SELBSTHILFE NRW e.V.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen Nordrhein-Westfalen e.V. ist der Interessenzusammenschluss von derzeit 133 Selbsthilfe-Verbänden behinderter und chronisch kranker Menschen und ihren Angehörigen, die sich so 1971 eine eigene Plattform zur Meinungsbildung und ein gemeinsames Sprachrohr zur Meinungsvertretung in der Gesellschaft und gegenüber Politik und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen gegeben haben.

- Brigitte Piepenbreier, LAG-Vorsitzende: Projektverantwortung und -beratung
- Annette Schlatholt, LAG-Geschäftsführerin: Projektverantwortung und -beratung (juristische)

Projektdurchführung, Zukunftsworkshops , Beratung:

- Lisa Jacobi, wissenschaftliche Referentin „Mehr Partizipation wagen!“
- Britta Möwes, wissenschaftliche Referentin „Mehr Partizipation wagen!“



Zentrum für Planung und Evaluation Sozialer Dienste (ZPE) der Universität Siegen

Wissenschaftliche Begleitung:

- Prof. Dr. Albrecht Rohrmann, wissenschaftliche Leitung
- Matthias Kempf, wissenschaftlicher Mitarbeiter

Kontakt:

Lisa Jacobi, M.A., wissenschaftliche Referentin „Mehr Partizipation wagen!“

LAG SELBSTHILFE NRW e.V.

Neubrückenstraße 12 -14

48143 Münster

T. 02 51/ 97 95 63 50

F. 02 51/ 51 90 51

Lisa.Jacobi@lag-selbsthilfe-nrw.de

Britta Möwes, M.A., wissenschaftliche Referentin „Mehr Partizipation wagen!“

LAG SELBSTHILFE NRW e.V.

Neubrückenstraße 12 -14

48143 Münster

T. 02 51/ 85 70 39 76

F. 02 51/ 51 90 51

Britta.Moewes@lag-selbsthilfe-nrw.de